

UN-BASIS-INFORMATIONEN 49

Die Vereinten Nationen und Bevölkerungsfragen

Viele Jahrhunderte lang ist die Weltbevölkerung nur sehr langsam gewachsen. Vor allem aufgrund von Nahrungsmittelknappheit und schlechter medizinischer Versorgung waren die Kindersterblichkeit hoch und die Lebenserwartung gering. So lebten Anfang des 20. Jahrhunderts nur ungefähr eineinhalb Milliarden Menschen auf der Erde. Rasante Verbesserungen bei der Nahrungsmittelproduktion und der Gesundheitsversorgung führten zu einem Jahrhundert mit starkem Bevölkerungswachstum. Inzwischen haben die Geburtenraten weltweit abgenommen und die Zahl der Neugeborenen pro Jahr ist annähernd stabil. Gleichwohl wird das Wachstum der Weltbevölkerung wegen der früheren hohen Geburtenraten aber weiter anhalten. Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (United Nations – UN) schätzt, dass die Weltbevölkerung bis 2050 von derzeit 7,2 Milliarden auf 9,6 Milliarden Menschen anwachsen wird. Nach hohen Prognosen könnten es sogar nahezu elf Milliarden werden.

Bevölkerungsdynamik im 21. Jahrhundert

Die demografische Entwicklung fällt in den Weltregionen sehr unterschiedlich aus. Während die Bevölkerung vieler Industriestaaten, aber auch bereits einiger Schwellenländer, zu altern und zu schrumpfen beginnt, weisen vor allem die Länder südlich der Sahara ein anhaltend starkes Bevölkerungswachstum auf. Dieser unterschiedlichen Bevölkerungsdynamik entsprechend wird sich das demografische Gewicht der Weltregionen verschieben. So ist Asien der bevölkerungsreichste Kontinent und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Stark zunehmen wird aber der Anteil der Afrikaner, von derzeit 16 Prozent auf ein Viertel der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050. Gegenläufig dazu wird die Bevölkerung Europas absolut und auch hinsichtlich des Anteils an der Weltbevölkerung schrumpfen; Mitte des Jahrhunderts werden nicht mehr als sieben Prozent der Menschheit in Europa leben.

Die Bevölkerungsdynamik hat großen Einfluss auf die sozioökonomische Entwicklung eines Gebiets. Besonders relevant sind Veränderungen der Bevölkerungsgröße, der Altersstruktur, der Migration und der Verstädterung.

Bevölkerungswachstum

So stellt das Bevölkerungswachstum gerade die ärmsten Länder (insbesondere



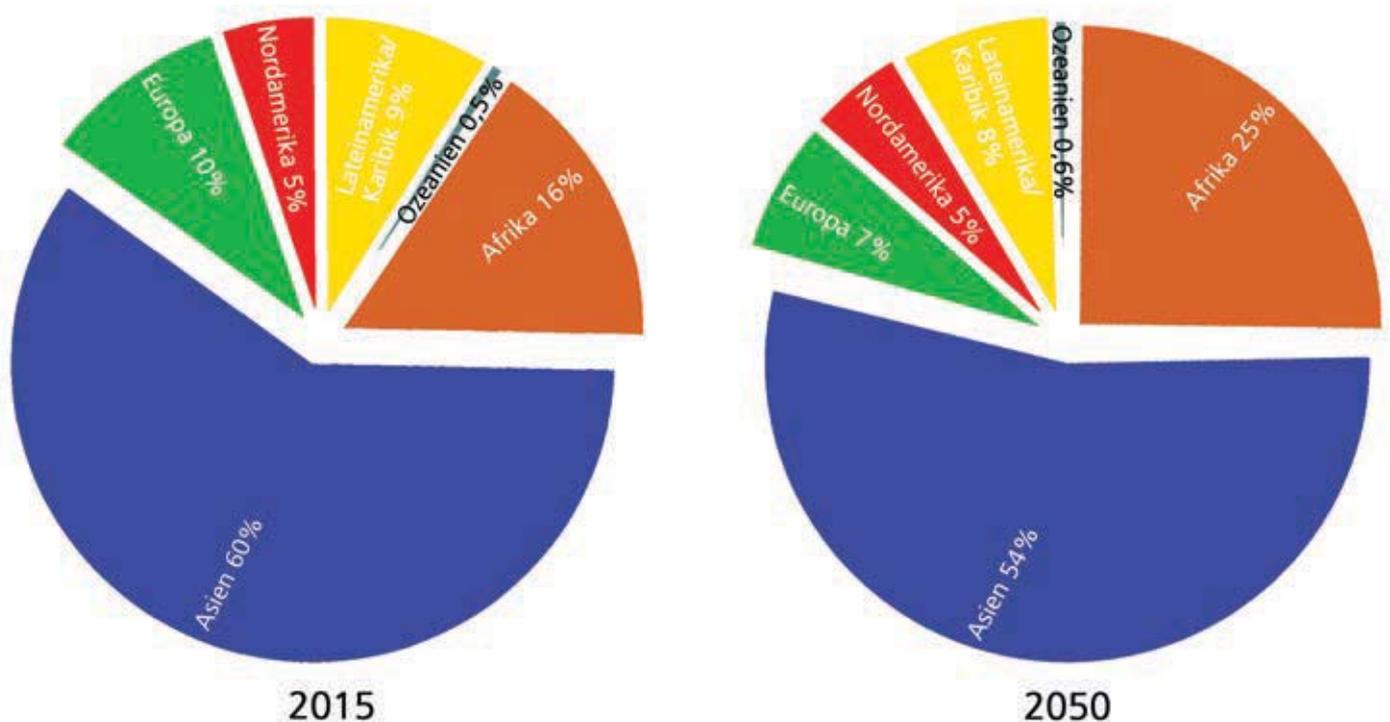
In vielen Regionen der Welt sind die Geburtenraten weniger stark gefallen, als bisher angenommen wurde. Begleitet wird das Bevölkerungswachstum vom allgemeinen Anstieg der Lebenserwartung.

Foto: Florian Demmler

Inhalt

Bevölkerungsdynamik im 21. Jahrhundert	1
Bevölkerungswachstum	1
Alterung	2
Migration und Flucht	2
Verstädterung	2
Meilensteine in der internationalen Bevölkerungspolitik	4
UN-Institutionen für Bevölkerungsfragen	5
Kernaufgaben von UNFPA	6
Fazit und Ausblick	7

Verteilung der Weltbevölkerung nach Weltregionen, 2015 und 2050



Anmerkung: Zu Asien zählt gemäß der Klassifikation der UN auch Westasien, was im deutschen Sprachgebrauch dem Nahen Osten entspricht.
Quelle: UNDESA, Population Division, World Population Prospects 2012.

südlich der Sahara) vor große Schwierigkeiten, da die stetig wachsende Kinderzahl immer größere Ausgaben für Ernährung, Gesundheit, Infrastruktur und Bildung erfordert. In Afrika südlich der Sahara bringt jede Frau im Laufe ihres Lebens im Schnitt immer noch mehr als fünf Kinder zur Welt. Der Anteil der 5- bis 15-Jährigen wird bis 2020 in dieser Region insgesamt um mehr als 20, in einigen Ländern sogar um 35 Prozentpunkte zunehmen. Solch hohe Geburtenraten bergen individuelle und gesellschaftliche Risiken: Sie erhöhen die Gesundheitsgefahren für Mütter und Kinder, mindern die Erwerbsbeteiligung der Frauen und führen zu einem höheren Ressourcenbedarf und -verbrauch.

Alterung

Die europäischen Länder, aber auch einige asiatische Länder wie Japan (und bald auch China), müssen hingegen eine rapide demografische Alterung bewältigen. Von 2000 bis 2050 wird sich weltweit der Anteil der Über-60-Jährigen verdoppeln, von zehn auf 21 Prozent, und damit erstmals gleich hoch sein wie der Anteil der Kinder unter 15 Jahren. Bedingt durch die gleichzeitige Abnahme der Geburtenraten und Zunahme der Lebenserwartung wird die

Alterung zwangsläufig dazu führen, dass weniger junge Menschen zur Versorgung, Betreuung und Pflege von Älteren zur Verfügung stehen. Das ist vor allem für die Länder problematisch, die über keine hinreichenden Alterssicherungssysteme verfügen. Zwangsläufig wird zudem eine wachsende Zahl älterer Menschen unter Armut leiden.

Migration und Flucht

Der Anteil von internationalen Migrantinnen und Migranten an der Weltbevölkerung ist zwar seit vielen Jahrzehnten nahezu konstant geblieben und beträgt etwa drei Prozent. Aufgrund des weltweiten Bevölkerungswachstums ist ihre Zahl jedoch stark gestiegen, von etwa 75 Millionen im Jahr 1965 auf 232 Millionen im Jahr 2013. Hinzu kommt eine mindestens ebenso große, aber kaum zu erfassende Zahl von Binnenmigranten. Allein in China sollen offiziellen Schätzungen zufolge mehr als 230 Millionen Binnenmigranten leben. Die Ursachen der Migration sind vielfältig, und oft vermischen sich politische und wirtschaftliche Gründe. Künftig werden wahrscheinlich auch umwelt- und klimabedingte Wanderungen zunehmen. Fluchtbewegungen werden nach wie vor meist durch Unterdrückung, politische Verfol-

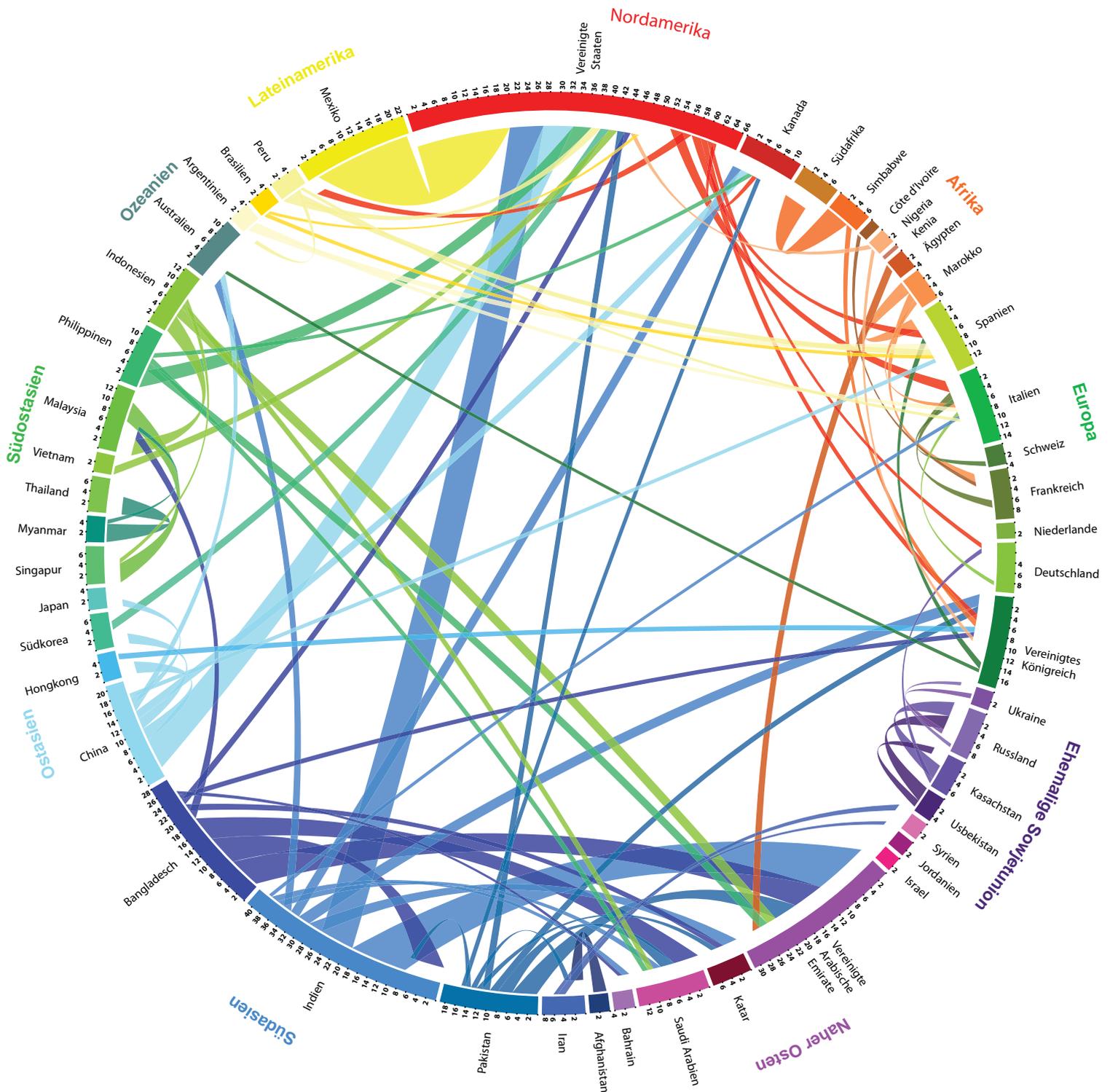
gung oder Kriege und Bürgerkriege ausgelöst.

Nach Schätzungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) befanden sich zudem als Folge von Verfolgung, Konflikten, allgemeiner Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen Ende 2013 weltweit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder unter 18 Jahren, und 70 Prozent der Flüchtlinge sind in andere Entwicklungsländer geflohen. Insgesamt zeichnet sich ein deutlicher Trend zur Verstetigung von Flüchtlingskrisen ab, was die Zahl von Langzeitvertriebenen weiter erhöhen und Bemühungen um Schutz und menschenwürdige Lebensbedingungen erschweren wird. Im Jahr 2013 konnte weltweit weniger als ein Prozent der Flüchtlinge mit Unterstützung von UNHCR in ihre Heimatländer zurückkehren.

Verstädterung

Die Binnenmigration ist wiederum politisch vor allem relevant, weil sie in erster Linie vom Land in die Städte stattfindet und damit die Urbanisierung vorantreibt.

Weltweite Migration 2005 bis 2010, nach wichtigsten Herkunfts- und Aufnahmeländern



Das Kreisdiagramm zeigt für die Jahre 2005 bis 2010 die Wanderungsbewegungen zwischen den 50 Ländern, die mindestens 0,5 Prozent der weltweiten Migranten entsendet bzw. empfangen haben. Die Richtung der Migration ergibt sich aus der Farbe, die mit dem Herkunftsland identisch ist, das Migrationsvolumen einzelner Ströme aus deren Breite. Es werden nur Wanderungen mit einem Mindestvolumen von 80.000 Menschen gezeigt. Die Zahlenskala gibt die Gesamtzahl der Migrantinnen und Migranten (gekommen und gegangen) in 100.000 Personen an.

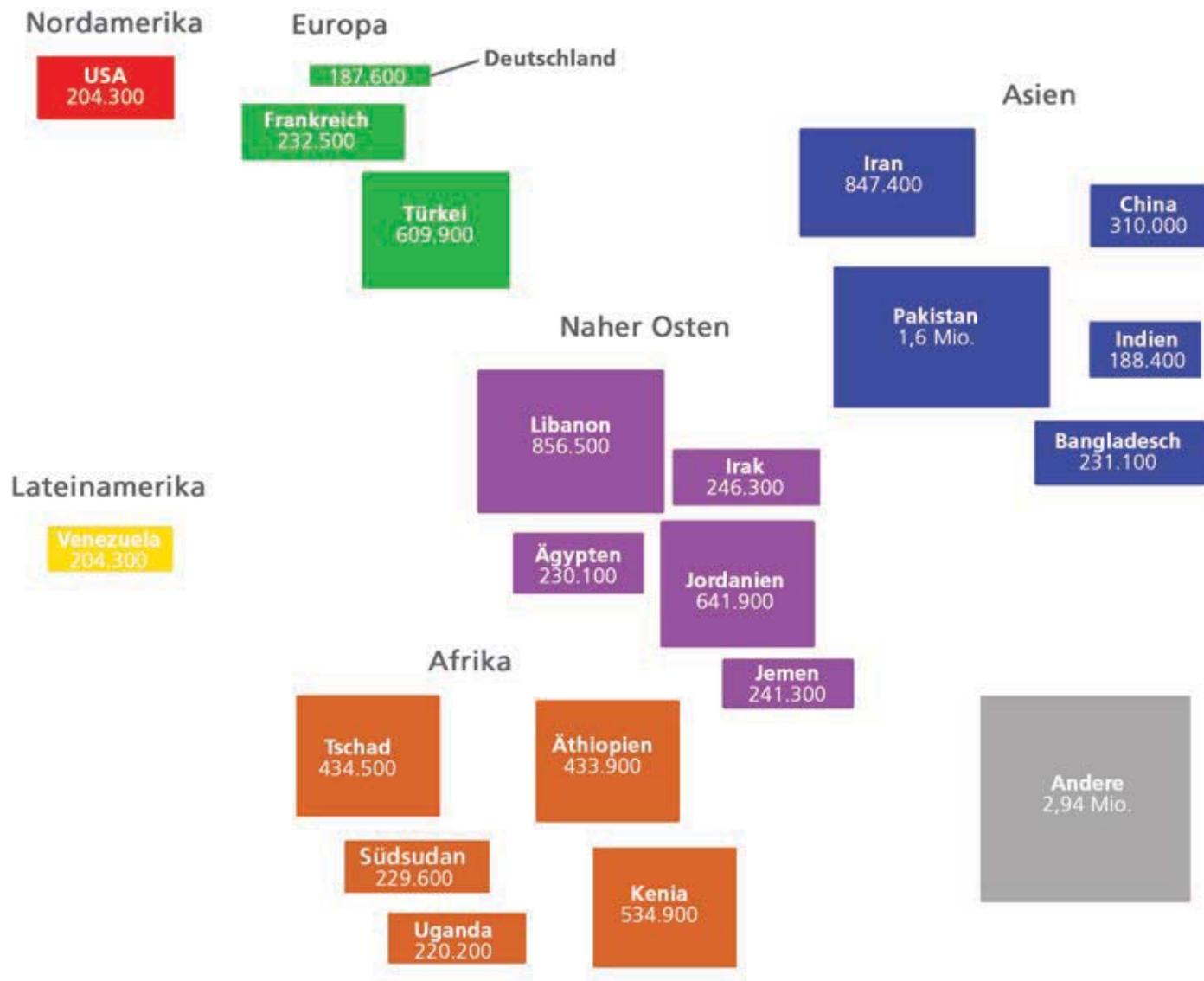
Online kann die Grafik als interaktive Version unter www.global-migration.info angeschaut werden.

Anmerkung: Die Zahlen berücksichtigen Migrationsbewegungen in einem Fünfjahres-Intervall und können daher nicht mit den Jahresstatistiken der Vereinten Nationen oder Eurostat verglichen werden.

Diese Grafik ist lizenziert unter Creative Commons Attribution: NonCommercial-Share Alike 3.0

Quelle: Abel & Sander (2014): Quantifying Global International Migration Flows. Science, Vol. 343. Visualisierung: Nikola Sander, Vienna Institute of Demography, 2014.

Top-20 der Aufnahmeländer für Flüchtlinge (Ende 2013)



Quelle: UNHCR <http://unhcr.org/trends2013>

Seit 2007 leben weltweit erstmals mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Der Anteil der Menschen in städtischen Gebieten wird weiter zunehmen, von derzeit 54 Prozent auf schätzungsweise zwei Drittel der Weltbevölkerung bis 2050.

Schon heute gibt es weltweit 28 Megastädte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern, die meisten davon in Asien. Die bevölkerungsreichsten sind Tokio, Neu Delhi, Shanghai, Mexiko-Stadt, Mumbai und São Paulo. Der größte Teil des Wachstums der städtischen Bevölkerung wird jedoch nicht in solchen Megastädten, sondern in mittelgroßen Städten von 500.000 bis zu einer Million Einwohner stattfinden, hauptsächlich in Asien und Afrika.

Umweltbelastungen und die ausreichende Versorgung mit Wasser, Energie und Nah-

versorgung stellen in diesen Agglomerationen große Probleme dar. Vor allem die schnell wachsenden Ballungsräume in sehr armen Regionen werden Schwierigkeiten haben, die benötigten Arbeitsplätze, Wohnungen und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Armut, Verschmutzung, Verkehrschaos, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit werden dort weiter zunehmen.

Meilensteine in der internationalen Bevölkerungspolitik

Die Vereinten Nationen haben sich bisher vor allem mit den Bevölkerungsfragen in Entwicklungs- und Schwellenländern befasst. 1974 fand in Bukarest die erste Weltbevölkerungskonferenz (International Conference on Population and Develop-

ment, ICPD) statt. Seitdem gab es die Folgekonferenzen 1984 in Mexiko-Stadt und 1994 in Kairo.

Insbesondere die Kairo-Agenda bildet seither die Grundlage der Arbeit der UN in Bevölkerungsfragen. Mit der Verabschiedung des Kairoer Aktionsprogramms erkannten 179 Staaten sexuelle und reproduktive Gesundheit erstmals als Teil des grundlegenden Menschenrechts auf Gesundheit an; ebenso wie reproduktive Rechte. Allerdings gibt es bis heute Abgrenzungsschwierigkeiten hinsichtlich der Frage, ob diese Rechte auch die Möglichkeit von Abtreibungen beinhalten sollten. Zusammenfassend wird der Themenkomplex als sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) bezeichnet. Dieser umschreibt die Rechte auf das körperliche, seelische und soziale Wohlbefin-

den in Bezug auf die eigene Sexualität und Fortpflanzung.

Das Aktionsprogramm stellte einen Wendepunkt in der Bevölkerungspolitik dar. Seitdem stehen rechtbasierte bevölkerungspolitische Maßnahmen im Mittelpunkt, die aus den individuellen Bedürfnissen von Frauen und Männern abgeleitet werden und nicht primär das Bevölkerungswachstum zum Ausgangspunkt haben. Menschen sollen ihre sexuellen und reproduktiven Rechte ausleben können, frei von Diskriminierung, Zwang oder Gewalt jeglicher Art, und unabhängig von Alter, Geschlecht, Ethnie, Kultur, Religion, Ehestatus, Behinderung, HIV-Status, Herkunft, Sprache, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Ein weiterer wichtiger Rahmen der UN-Arbeit sind die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs). Mit der Millenniums-Erklärung wurden im Jahr 2000 verbindliche Ziele für die internationale Staatengemeinschaft festgelegt. Fünf der acht Ziele stehen in direktem Zusammenhang mit Bevölkerungsfragen: Die allgemeine Grundschulbildung (MDG 2), die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen (MDG 3), die Senkung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Müttergesundheit (MDG 4 und 5) sowie die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten (MDG 6). Nachträglich wurde im Jahr 2005 der Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin in den Zielkatalog aufgenommen (MDG 5b). Die Agenda der Millenniums-Entwicklungsziele läuft 2015 aus, bis dahin sollen im Rahmen einer Post-2015-Agenda neue Ziele vereinbart werden. In dem Bericht der „Global Thematic Consultation on Population Dynamics“ aus dem Jahr 2014 werden vier Themenfelder genannt, in denen die Bevölkerungsdynamik in die Post-2015-Agenda einbezogen werden sollte: Hohe Geburtenraten und Bevölkerungswachstum, niedrige Geburtenraten und Alterung von Gesellschaften, Migration und Mobilität sowie Urbanisierung (<http://unfpa.org/public/home/publications/pid/16152>).

UN-Institutionen für Bevölkerungsfragen

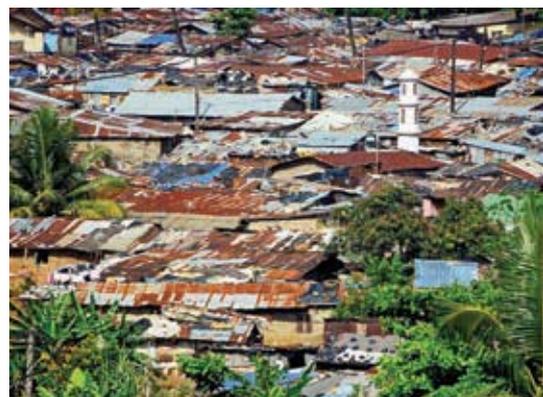
Die Bevölkerungsentwicklung betrifft nahezu alle Lebensbereiche, wie die Ernährungssicherung, die Gesundheitsver-

sorgung oder den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Als Querschnittsthemen werden Bevölkerungsfragen von vielen unterschiedlichen UN-Institutionen bearbeitet. Eine ausdrückliche Zuständigkeit für Bevölkerungsfragen im engeren Sinn haben vor allem drei zum Teil miteinander verbundene Institutionen: die UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung, die UN-Bevölkerungsabteilung und der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA).

Die **Kommission für Bevölkerung und Entwicklung** (Commission on Population and Development) ist eine von neun Fachkommissionen des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) und dient als Beratungs- und Aufsichtsgremium für Bevölkerungsfragen und -aktivitäten. Die Kommission, in der englischen Kurzform als Population Commission bezeichnet, wacht dabei über die Umsetzung des Kairoer Aktionsprogramms von 1994. Dafür benötigt sie unter anderem zuverlässige Daten über die Bevölkerungsstruktur der Länder.

Diese werden von der **Abteilung Bevölkerungsfragen** der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA) erfasst und aufgearbeitet. Diese Abteilung (auf Englisch kurz: Population Division) dient zugleich der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung als Sekretariat. Sie versorgt die internationale Gemeinschaft mit globalen, regionalen und nationalen Bevölkerungs- und Entwicklungsdaten. Die Experten analysieren Bevölkerungstrends und -prognosen und informieren über die Bevölkerungspolitik der Länder. Die bekannteste Datenbank der Abteilung sind die Weltbevölkerungsprognosen (World Population Prospects). Diese werden in zweijährigem Abstand aktualisiert. (http://esa.un.org/unpd/wpp/unpp/panel_population.htm)

Für die Hochrechnungen, also die Schätzungen zur zukünftigen Entwicklung, wird auf der Basis von Bevölkerungsregistern, Volkszählungsdaten und Surveys die vergangene Bevölkerungsentwicklung in Bezug auf die Geburten-, Sterbe- und Wanderungsraten fortgeschrieben. Da die Hochrechnungen mit Unsicherheiten verbunden sind, werden immer mehrere Szenarien berechnet. Üblicherweise wird in der politischen Debatte die mittlere Hochrechnung verwendet. Die hohe Variante unterscheidet sich davon rechnerisch nur durch ein „halbes Kind“ mehr pro Frau. In absoluten Zahlen divergieren die Wer-



Trotz wirtschaftlichen Wachstums leben in vielen Regionen die Menschen unterhalb der Armutsgrenze in unzureichenden Behausungen.

Foto: Tommy Trenchard/IRIN



Leben im Flüchtlingslager. 46 Prozent aller Flüchtlinge sind unter 18 Jahren.

Foto: Eskinder Debebe/UN.

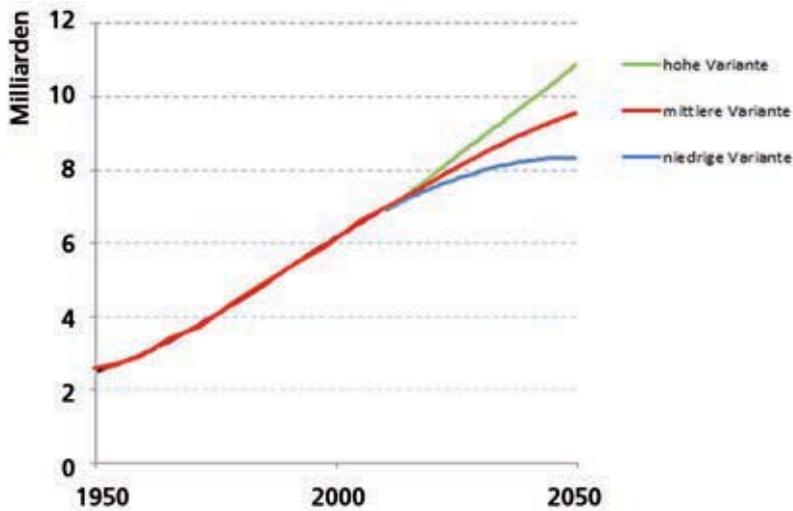


Die Urbanisierung nimmt zu. Seit 2007 leben weltweit erstmals mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Das Bild zeigt die Favela Rocinha in Rio de Janeiro.

Foto: Alicia Nijdam / Wikipedia. CCbySA 2.0



Frauen sichern oft auch unter schwierigsten Bedingungen ein Überleben ihrer Familien. Die Stärkung der Rolle der Frau, die Gleichstellung der Geschlechter und die Verbesserung der Müttergesundheit sind deshalb wichtige Ziele der Bevölkerungspolitik der Vereinten Nationen. Foto: Grant Wroe-Street/UNEP



Quelle: UNDESA, Population Division, World Population Prospects 2012

te jedoch beträchtlich: Bei der mittleren Variante wird für 2050 eine Gesamtbevölkerung von 9,6 Milliarden Menschen berechnet, bei der hohen Variante sind es eine Milliarde mehr.

Der **Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen** (United Nations Population Fund, UNFPA), 1969 auf Initiative der Generalversammlung eingerichtet, ist die größte ausführende Organisation für Bevölkerungsjahrprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das erklärte Ziel von UNFPA ist eine Welt, in der jede Schwangerschaft gewollt ist, jede Geburt sicher und betreut durchgeführt wird und junge Menschen ihre Potenziale verwirklichen

können. Zur Beurteilung der bevölkerungspolitischen Lage werden jährliche Weltbevölkerungsberichte veröffentlicht. Der Bevölkerungsfonds ist außerdem maßgeblich für die Förderung des Kairoer Aktionsprogramms zuständig.

Die Finanzierung von UNFPA beruht fast vollständig auf freiwilligen Beiträgen der Regierungen. Die zehn größten Geberländer regulärer Beiträge waren im Jahr 2012 Schweden, Norwegen, die Niederlande, Dänemark, Finnland, Großbritannien, die USA, Japan, Deutschland und Kanada. Im Jahr 2012 gab der Fonds 825,7 Millionen US-Dollar für bevölkerungsbezogene Projekte aus.

UNFPA unterstützt Programme, die Frauen und Männern bei der Familienplanung helfen und ungewollte Schwangerschaften verhindern sollen. Der Bevölkerungsfonds setzt sich auch für eine qualifizierte Betreuung von Schwangerschaften und Geburten ein und hilft, durch Aufklärungsarbeit die Verbreitung von HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten einzudämmen. Der UNFPA fördert außerdem die Chancengleichheit der Geschlechter und bekämpft Gewalt gegen Frauen.

Zu den Kernaufgaben von UNFPA zählt die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, einschließlich sicherer Mutterschaft, Familienplanung und Verbesserung der Chancengleichheit der Frauen. Die Aufklärungs- und Projektarbeit von UNFPA hat zum Ziel, dass Frauen und Männer frei und ohne Zwang über ihre Sexualität und ihren Kinderwunsch entscheiden können. Trotz erheblicher Fortschritte beim Zugang zu modernen Verhütungsmitteln, wie z. B. der Antibabypille oder Kondomen, haben noch heute mehr als 200 Millionen Menschen keine Möglichkeit, solche Verhütungsmittel zu verwenden, obwohl sie entweder keine weiteren Kinder wollen oder die Geburt des nächsten Kindes hinauszögern möchten.

Ein wichtiges Ziel der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Geburt ist eine Verminderung der Müttersterblichkeit. Obwohl die Müttersterblichkeit in den vergangenen 20 Jahren weltweit fast halbiert werden konnte, ist ihre Senkung immer noch unbefriedigend. Immer noch sterben täglich nahezu 800 Frauen an Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt, davon 99 Prozent in Entwicklungsländern. Inzwischen stellt die Müttersterblichkeit eine der häufigsten Todesursachen in Entwicklungsländern bei Mädchen und jungen Frauen dar. Junge Frauen haben zudem oft besonders schlechten Zugang zu Verhütungsmitteln, was bei Mädchen zwischen 15 und 19 zu schätzungsweise rund zweieinhalb Millionen unsicheren Abtreibungen pro Jahr führt. UNFPA engagiert sich nicht zuletzt aus diesem Grund gegen die Kinderheirat, die von der UN als Verletzung der allgemeinen Menschenrechte betrachtet wird: Im Jahr 2010 lag das gesetzliche Mindestheiratsalter in 158 Staaten bei 18 Jahren oder darüber. Dennoch werden jedes Jahr schätzungsweise 13,5 Millionen Mädchen vor ihrem 18. Lebens-



88 Prozent aller Jugendlichen weltweit leben in Entwicklungsländern. Jährlich werden dort 16 Millionen Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren schwanger. Foto: UN/Martine Perret



„Bildung, Gesundheit und das Wohlergehen junger Frauen müssen gefördert werden.“ UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und UNFPA-Direktor Babatundé Osotimehin. Foto: UN/Paulo Filgueiras

jahr verheiratet. Am stärksten betroffen sind Mädchen, die in der Sahelzone und im östlichen Afrika aufwachsen. Aber auch in Asien, vor allem in Afghanistan, Bangladesch, Nepal und Indien, ist Kinderheirat immer noch weit verbreitet.

Ein weiteres Aufgabenfeld von UNFPA ist die Eindämmung sexuell übertragbarer Krankheiten, vor allem von HIV/Aids. Weltweit sind bis heute mehr als 36 Millionen Menschen an Aids gestorben und annähernd die gleiche Zahl lebt mit dem HI-Virus oder Aids. Bei der Eindämmung von HIV/Aids konnten in den letzten Jahrzehnten große Erfolge verzeichnet werden, was nicht zuletzt den Bemühungen von UNFPA zuzuschreiben ist. Die Zahl der Neuinfizierten und die Todesraten sind gesunken.

Dennoch gibt es auch gegenläufige Trends. In Osteuropa und Zentralasien sowie Nordafrika und dem Nahen Osten

nimmt die Zahl der Neuinfizierten seit einigen Jahren zu. Jedes Jahr stecken sich weiterhin mehr als zwei Millionen Menschen mit dem Virus an. Die Länder im südlichen Afrika, allen voran Swasiland, Lesotho, Botswana und Südafrika, sind die am stärksten betroffenen Staaten. Nahezu einer von 20 Menschen in der Region ist an HIV/Aids erkrankt. Auch bei anderen sexuell übertragbaren Krankheiten unterliegen Jugendliche einem sehr hohen Ansteckungsrisiko, insbesondere weil es an Sexualaufklärung mangelt.

Fazit und Ausblick

Am 22. September 2014, 20 Jahre nach der Bevölkerungskonferenz von Kairo, fand in New York eine Sondertagung der Generalversammlung zur Bilanzierung der bisher erzielten Erfolge und zur weiteren Umsetzung des Kairoer Aktionsprogramms statt

(<http://icpdbeyond2014.org/>). Zwischen den Staaten bestand Einigkeit darüber, dass es seit 1994 Fortschritte in dem Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit gegeben hat, insbesondere bei der Reduzierung der Müttersterblichkeit und dem erhöhten Zugang zu Verhütungsmitteln und der Bekämpfung von HIV/Aids.

Auch bei der Bildung von Mädchen wurden große Erfolge erzielt, diese haben global gesehen mittlerweile den gleichen Zugang zu Grundschulbildung wie Jungen. In der Sekundarstufe ist dies schon nicht mehr gegeben. In vielen Ländern sind auch Fortschritte bei der rechtlichen und sozialen Gleichstellung marginalisierter Gruppen wie Homosexuellen sichtbar. Das trifft aber nicht auf alle Teilnehmerstaaten der Kairoer Konferenz zu – und in einigen Ländern sind sogar Rückschritte zu beobachten. Von den Bemühungen der letzten 20 Jahre haben nicht alle Menschen gleichermaßen profitiert.

Angesichts dieser ambivalenten Bilanz haben sich die Staaten bei ihrer Sondertagung mit großer Mehrheit darauf verständigt, die nicht erreichten Ziele umzusetzen und weiteren Herausforderungen wie Migration, Urbanisierung und Klimawandel zu begegnen (<http://www.unfpa.org/public/home/sitemap/ICPDReport>). Hierbei soll ein systematischer, integrierter und umfassender Ansatz im Rahmen der Post-2015-Agenda verfolgt werden, mit den Prioritäten Geschlechtergerechtigkeit, Stärkung von Frauenrechten, Investitionen in junge Menschen, inklusives Wirtschaftswachstum sowie universeller Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten.



Untersuchung durch ein UN-Gesundheitsteam in Timor-Leste in Südostasien. Foto: UN Photo/Martine Perret



Kinder- und Zwangsheirat sind in vielen Kulturen ein Problem. Foto: Stephanie Sinclair/UNFPA



Wie in so vielen Bereichen menschlicher Entwicklung gilt auch für Bevölkerungsfragen: Bildung, vor allem Sekundärschulbesuch von Mädchen, ist der Schlüssel für eine nachhaltige Reduzierung der Geburtenrate. Kenntnisse über sexuelle und reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte, die Gleichstellung der Geschlechter, aber auch über den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen sind Basis einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung. Das Foto zeigt ein Klassenzimmer im Distrikt Nord-Kivu in der Demokratischen Republik Kongo. Foto: Aubrey Graham/IRIN

Weitere Informationen

Literatur

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte, Bevölkerungsdynamik, Positionspapier des BMZ Nr. 148, Bonn/Berlin 2013.
- Vereinte Nationen: Millenniums-Entwicklungsziele, Bericht 2014.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Afrikas demografische Herausforderung. Wie eine junge Bevölkerung Entwicklung ermöglichen kann, Berlin 2011.
- UNFPA / Stiftung Weltbevölkerung: Weltbevölkerungsbericht 2013. Wenn Mädchen Mütter werden, Hannover 2013.
- Steffen Angenendt/Silvia Popp: Jugendüberhang. Entwicklungspolitische Risiken, Chancen und Handlungsmöglichkeiten, SWP-Studie 2013/S12, Juni 2013. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S12_adt_pop.pdf
- Steffen Angenendt: Entwicklungspolitische Perspektiven temporärer und zirkulärer Migration, SWP-Studie 2014/S13, August 2014. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S13_adt.pdf

DGVN-Publikationen:

- Migration und Entwicklung: Chancen.Gemeinsam.Nutzen Blaue Reihe 103 (2007).
- Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen? Blaue Reihe 96 (2006).

Internetadressen

- Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) <http://www.bmz.de>
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung <http://www.berlin-institut.org>
- Stiftung Weltbevölkerung <http://www.weltbevoelkerung.de>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge <http://www.bamf.de>
- Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland <http://www.unhcr.de>

Themenportale der DGVN

- menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de
- klimawandel-bekaempfen.dgvn.de
- frieden-sichern.dgvn.de
- menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de

Stand: Januar 2015

Text: Steffen Angenendt und Silvia Popp

Redaktion: Steffen Stürznickel

info@dgvn.de | www.dgvn.de

Gesamtgestaltung: adrian.medienundbuch.de

Klimaneutral gedruckt auf 100%-Recycling-Papier

Diese Publikation erscheint dank finanzieller Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen braucht Sie als Mitglied.



Für Frieden.

Für Klimaschutz.

Für Menschenrechte.

Für menschliche Entwicklung.

Für mehr Wissen.

WWW.DGVN.DE/MITGLIEDSCHAFT.HTM L